



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Stadtentwicklung,  
Planung und Bau -

## Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 6. Dezember 2022

Vorlagen-Nr. 22-F-69-0075

### Situation Hochbauamt

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 30.11.2022 -

In letzter Zeit ist in der Öffentlichkeit wahrgenommen worden, dass es zu Verzögerungen von Bauvorhaben gekommen ist, die im Verantwortungsbereich des Hochbauamtes liegen. So auch beispielsweise beim Neubau der Turnhalle und dem Erweiterungsbau der Karl-Gärtner-Schule in Delkenheim. Das Bauvorhaben wurde im Jahr 2021 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Die Planungen sollten gemeinsam durch das Schul- und Hochbauamt erfolgen. Für das Bauvorhaben wurden ca. 450.000 € im Haushalt bewilligt. Nun wurde mitgeteilt, dass die Planungen noch nicht begonnen werden konnten, da die erforderlichen personellen Kapazitäten beim Hochbauamt derzeit nicht vorhanden sind. Da nicht absehbar ist, wann sich das Hochbauamt der Planung widmen kann, wird nun nach einer städtischen Gesellschaft gesucht, die die Planung übernehmen kann.

In dem konkreten Fall, aber auch in anderen Fällen, führt diese Zeitverzögerung zu großem Unmut in der Stadtgesellschaft. Dringend benötigte Bauvorhaben erleiden Zeitverzögerungen, die mit einer angemessenen personellen Ausstattung des Hochbauamtes vermieden werden könnten.

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Bau wolle beschließen:*

*Der Magistrat wird gebeten zu berichten,*

1. wie sich die personelle Kapazität im Hochbauamt aktuell darstellt? Wie viele Stellen sind aktuell vorhanden und wie viele Stellen sind davon nicht besetzt?
2. welche Maßnahmen bereits ergriffen wurden um die personellen Kapazitäten im Hochbauamt zu stärken und welche Maßnahmen zukünftig geplant sind?
3. wann wieder mit einem Betrieb im Hochbauamt gerechnet werden kann, der eine zuverlässige Planung für die Betroffene der Bauvorhaben gewährleistet?
4. welche anderen Bauvorhaben von den eingeschränkten personellen Kapazitäten betroffen sind?

---

### Beschluss Nr. 0166

Der Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 30.11.2022 ist durch Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2022

Christa Gabriel  
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2022

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .12.2022

Dezernat V  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende  
Oberbürgermeister